



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0386890

Z/XV/177 - 6. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Vor der letzten Runde</u> Landtag soll noch 155 Gesetzesvorlagen "erledigen"	58
3	<u>Angola - Bastion des Kolonialismus</u> Analphabeten, Ausbeutung und Konzentrationslager	52
4 - 4a	<u>Die Rentenschande Stieff</u> Ein Nachwort zum neunjährigen Kampf um eine Verfolgetenrente Von Karlfriedrich Eck	80
5 - 6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Auftragsleistungen in deutschen Städten <u>Oberhauser - umsichtig und zielstrebig</u> Von Oberbürgermeister Luise Albertz	100

* * *

*

Vor der letzten Runde

Bundestag soll noch 155 Gesetzesvorlagen "erledigen"

sp - Noch bevor der Bundestag Ende September wieder mit den Plenarsitzungen beginnt, führen die einzelnen Fraktionen Arbeitskreis- und Fraktionssitzungen durch. Damit beginnt die vierte und letzte Runde des dritten Deutschen Bundestages, dessen Wahlzeit von Herbst 1957 bis Herbst 1961 dauert. Fraktionen, Arbeitskreise, Ausschüsse und Plenum des Bundestages werden 155 Gesetzesvorlagen vorfinden, die der Erledigung harren.

Es wäre falsch, anzunehmen, dass es dem Bundestag möglich sein würde, in gründlicher Beratung alle diese Vorlagen zu verabschieden. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier rechnet damit, dass es gelingen kann, 60 Vorlagen zu erledigen. Was nicht verabschiedet werden kann, verfällt nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung; der vierte Deutsche Bundestag kann allenfalls die nicht erledigten Gesetzentwürfe und sonstigen Vorlagen in neuer Ausgabe präsentiert erhalten.

Die Meinungen der Fraktionen über die Dringlichkeit des einen oder anderen Gesetzentwurfs sind naturgemäß sehr verschieden. Hier werfen die Bundestagswahlen ihre Schatten voraus. Die Sozialdemokraten wünschen gerade im Hinblick auf die Wahlen saubere und klare Entscheidungen der Volksvertretung in Fragen, die für unser Volk von besonderer, ja vorrangiger Interesse sind. Dazu gehören im Kranz der Sozialprobleme vor allem endliche Klarstellungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung, sowie die Lohnfortzahlung an Arbeiter im Krankheitsfall, auf politischem Gebiet ein Parteiengesetz, das die Hintergründe der Parteienfinanzierung durchleuchtet, auf wirtschaftlichem Gebiet das Problem der Konzentration in der Wirtschaft und eine ganze Reihe anderer Vorlagen, die zum Teil auf Entwürfe der Regierung zurückgehen, zum Teil der Initiative der einzelnen Fraktionen, vor allem der Opposition entspringen.

Wievieler der 155 vorhandenen und der noch hinzukommenden neuen Vorlagen unerledigt bleiben werden, wird die Zeit zeigen. Man darf bei Erörterung des Arbeitspensums des Bundestags nicht vergessen, dass nicht selten sehr viel Zeit des Parlaments für die Erörterung von Problemen benötigt wird, die keinerlei Gesetzgebungsarbeit beinhalten. So wird die Außenpolitik spätestens nach der Wahl des künftigen amerikanischen Präsidenten den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, den Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen und das Plenum des Bundestags voraussichtlich in sehr starkem Mass beanspruchen.

Auch die Tatsache, dass der Bundestag in diesem Jahre 1960 zwei Etatberatungen durchführen soll, wird sich deutlich in den Beratungen des Haushaltsausschusses, zahlreicher Fachausschüsse und in Plenarberatungen selbst spürbar machen. Den mit der zweiten Etatberatung zusammenhängender Problemen wird man besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Die Arbeitstechnik des Bundestages, seiner Ausschüsse und seiner Fraktionen wird für die Summe der noch zu erledigenden Aufgaben von entscheidender Bedeutung sein. Hier war das Plenum des Bundestages nicht immer gut beraten, als es sich dazu entschloss, wenige und dafür desto längere Plenarsitzungen durchzuführen. Eine solche Regelung wird der Bedeutung der zu behandelnden Fragen sehr oft nicht gerecht. Auch die öffentliche Meinung, die die überaus zahlreichen Ausschusssitzungen und die Tagungen der Arbeitskreise und Fraktionen nicht sieht, erhält ein falsches Bild. Es würde gut sein, wenn sich die dafür zuständigen Instanzen rechtzeitig bemühen würden, die Arbeitstechnik des Bundestages im ganzen von dem eigentlichen Beginn der letzten Runde des dritten Bundestages einer Nachprüfung zu unterziehen.

Angola - Bastion des Kolonialismus

E.D. - Es gehört zu den aussenpolitischen Schwachzügen der portugiesischen Diktatur, sich nach russen hin das Märtechen der "Freiheit und Gleichberechtigung für alle Portugiesen" anzuhängen. Hierzu ist auch die von Salazar und seinen, die westliche Welt bereisenden, intellektuellen Emissären sorgsam gepflegte These von der "Freiheit der afrikanischen Portugiesen" zu rechnen. So erklärt man in Lissabon immer wieder, die afrikanischen Besitzungen Portugals, Angola und Mozambik, seien keine Kolonien, sondern "übersaisische Provinzen" des portugiesischen Staatswesens.

Nun, dies mag verwaltungsmässig stimmen, die politische Wirklichkeit aber entwirft ein Bild, das vom krassesten Kolonialismus geprägt ist. Selbst die Südafrikanische Union, belleibe kein Beispiel für fortschrittliche Politik, behandelt ihre farbigen Bürger nicht so, wie dies die Portugiesen z.B. in ihrer "Provinz" Angola tun. Angola liegt an der Westküste Afrikas, ist vierzehnmal grösser als Portugal und gehört dank seiner grossen und wertvollen Mineralvorkommen und seiner vielseitigen landwirtschaftlichen Produktion zu den reichsten Gebieten Afrikas. Jedoch gibt es in Angola, dem unzweifelhaft eine grosse Zukunft bevorsteht, kaum Schulen, in denen eine verantwortungsbewusste afrikanische Bevölkerung für ihre Aufgaben herangebildet werden könnte. Es sind fast nur die Kinder der portugiesischen Siedler, die eine Schulbildung erhalten, so dass nach einer unverächtigen Statistik der UNESCO 97 Prozent der Einwohner Angolas Analphabeten sind.

Die wenigen pseudo-politischen Rechte, welche die portugiesische Diktatur ihren Staatsbürgern einräumt, werden den Afrikanern vorzuenthalten, die als "Nicht-Zivilisierte" bezeichnet werden. So dürfen sie nicht einmal an den Wahlen für die Legislativräte teilnehmen, und alle ihre sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeiten werden von den lokalen portugiesischen Verwaltungsbeamten schärfstens kontrolliert. Während jede portugiesische Siedlerfamilie in Angola unentgeltlich 100 ha Land, 20000 Escudos Anfangskapital, einen landwirtschaftlichen Maschinenpark und Vieh zur Verfügung gestellt bekommt, fristen die Afrikaner ihr Leben als Fronarbeiter, die fast ohne Entlohnung auf den Feldern und in den Bergwerken der portugiesischen Gesellschaften arbeiten müssen. Mitleidloses werden Frauen und Kinder, alte und gesundheitlich schwache Personen von den Behörden "zwangsrekrutiert" und der Ausbeutung durch die Gesellschaften überlassen. Der portugiesische Staat kann den traurigen Ruhm, für sich in Anspruch nehmen, das System Leopold II. in Kongo übernommen und noch übertroffen zu haben, er ist Sklavenhalter und Polizist in einem für 3 Millionen schwarze Angolesen.

Jeder Versuch der Afrikaner, sich gegen dieses unmenschliche System zur Wehr zu setzen, wird mit drakonischen Massnahmen unterdrückt. Erst kürzlich wurden tausende Afrikaner verhaftet und in die berüchtigten Konzentrationslager bei Luanda und Massamédo verschleppt. Rechtsbeistand gibt es für diese "unzivilisierten Primitiven" nicht.

Die Unterdrückungspolitik des NATO-Partners Portugal wird natürlich auf die lange Sicht hin scheitern; zugrundegehen wird damit aber auch das Wortmann der afrikanischen Angolesen in Europa, dessen westliche Staaten es nicht fertigbringen, beim portugiesischen NATO-Mitglied kräftig zu intervenieren. Der Schandfleck Angola ist zugleich ein Schandfleck Europas. Wenn eines Tages auch in Angola ein neuer Brandherd entsteht, wird man wieder sagen, die Schwarzen seien "noch nicht reif"...

Die Rentenschande Stieff

Von Karlfriedrich Eck

Kürzlich gingen Berichte durch die deutsche Presse, nach denen es der Witwe des auf Hitlers Befehl am 8. August 1944 in Plötzensee genannten Generalmajors Stieff nach einem neun Jahre langen Kampfe mit den Behörden und Gerichten gelungen ist, eine Hinterbliebenenrente aus der Kriegspflerversorgung zu erhalten. Der Vorgang mit dem Aktenzeichen 11 RV 812/58 ist geeignet, in die deutsche Zeitgeschichte einzugehen und einer im gewissen Sinne zeitlosen Betrachtung auch nach seiner befriedigenden Erledigung unterzogen zu werden.

Bekanntlich war das Urteil gegen den General vom Volksgerichtshof wegen Hoch- und Landesverrats erlassen worden, also von einem Volksgerichtshof, dessen Ankläger Lautz jahrelang eine hohe Pension erhielt. Es ist eine bemerkenswerte Feststellung, daß die "Rechtsakte" des Volksgerichtshofes, anstatt von Anfang an als eine willkürliche Mörderjustiz und als Akt des Terrors einer Zusammenrottung von politischen Wegelagerern gekennzeichnet zu werden, noch einer justitiellen Prüfung und Abwägung unterliegen.

Der Fehler, der unabdingbar gemacht wurde und von gewissen Kreisen auch bewußt erstrebt worden ist, liegt darin, im "Dritten Reich" immer noch ein rechtsstaatliches Gefüge zu sehen, das allerdings gewisse "Ausschreitungen" zugelassen hatte. Es handelt sich hier nicht um "Ausschreitungen", sondern weitgehendst um eine Pervertierung des Staates zu einem "ausgeschrittenen" Konglomerat von Mord- und Gewalttaten, staatlich sanktionierten Verbrechen.

Bei allen Feiern zum 20. Juli wurde immer wieder - auch in diesem Jahre 1960 - von hohen und höchsten Vertretern der Demokratie auf die Rechtmäßigkeit des Widerstandsaktes gegen das Mordregime Hitlers hingewiesen, deren Inhalt geradezu Polizeiaktionen im Dienste der Wiederherstellung des Rechtes und der Sittlichkeit genannt werden mußten.

Umso verblüffender ist die Feststellung des abgelehnten Antrages der Frau Stieff durch das Bundesversorgungsamt:

"Bei allen Völkern und zu allen Zeiten hat der Versuch, das Staatsoberhaupt oder die militärische Führung im Kriege zu beseitigen, die Todesstrafe erwirkt".

Es ist bemerkenswert, daß die Persönlichkeiten, die 1951 diesen Bescheid ausstellten, noch im Amt sein sollen. Das Versorgungsamt hat sogar nach einem aufhebenden Bescheid des Landessozialgerichts Bayern zugunsten der Klägerin die Rechtsansprüche der Witwe bestritten.

Es sind Fälle bekannt (und können auf Wunsch im einzelnen benannt werden), in denen einfache Soldatenfrauen, deren Männer in den letzten Kriegstagen vor ihren Augen als "Deserteure" wegen Urlaubsüberschreitung etc. erschossen wurden, keine Versorgung - weder als Soldatenwitwen noch als Verfolgte - erhielten, obwohl Kinder hinterblieben waren.

In anderen Fällen wurden politische Widerstandshandlungen und Dienstverweigerungen an unmenschlichen Aktionen, die zur Desertion und Illegalität führten, nicht als Entschädigung anerkannt, sondern mit dem Hinweis von Gerichten abgelehnt, "in allen Ländern werden Deserteure bestraft".

So wird - obwohl ständig von "Ehdenmut" daran gesprochen wird, die "die Schande nicht trugen" - das überlebende Opfer dessen, der sich gegen die Unmenschlichkeit erhob, einer "Schuld" ausgesetzt.

Wenn Frau Stieff neun Jahre um ihre Rente kämpfen mußte, die sie endlich bekam, während in vielen anderen Fällen ablehnende Urteile verblieben, so ist damit das innere Gefüge unserer Tage gekennzeichnet.

Es ist nötig, das Leben des Generalmajors Stieff nochmals ins Blicklicht zu rücken, um zu zeigen, daß häufig die besten Patrioten den Weg der Illegalität und des Umsturzes gehen mußten, wenn sie frei von einer Verschmutzung ihres Gewissens bleiben wollten. Daß die überlebenden Dienstreuen von gestern - und wieder von heute - das nicht begreifen und Urteile fällen, die uns zur nationalen Schande gereichen, ist verständlich. Unverständlich ist, daß solche Fakten empörungslös hingenommen werden.

Der Offizierssohn Hollmuth Stieff (1901 - 1944) aus Deutsch-Eylau war 1918 Kriegsfreiwilliger. 1922 wurde er Leutnant, 1927 Oberleutnant der Reichswehr. 1934 war er zum Hauptmann befördert worden. Er gehörte zu den geraden und aufrechten Offizieren des alten Heeres. 1938 kam er in den Generalstab. 1942 war er Chef der Organisations-Abteilung in Rußlandfeldzug.

Die Dinge, die Stieff miterleben mußte, haben in ihm eine durchgreifende Entscheidung bewirkt. 1943 und 1944 war er an der Sprengstoffbeschaffung für das Hitler-Attentat beteiligt. Nach Scheitern des Aufstandes wurde er in Plötzensee gehängt.

Nach der Verhandlung vor Preislers Volksgerichtshof schrieb der "kleine Mann" mit dem großen, mutigen Herzen:

"Ich gehe ruhig und gefaßt in den Tod... Der Tod ist kein Erde, sondern nur eine Wandlung. Ich bin von der Unsterblichkeit unserer Seelen fest und gläubig überzeugt".

(8. August 1944)

Anstatt Männer wie Stieff als die wahren Patrioten zu ehren, streitet man mit den Angehörigen um die Versorgungsbezüge herum, die den Vollstreckern des Hitler-Willens gewährt wurden.

Oberhausen - umsichtig und zielstrebig

Von Oberbürgermeister Luise Albertz

Die Sozialdemokratische Partei erhielt bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 1956 die absolute Mehrheit. Der Wiederaufbau und Neubau Oberhausens erreichte in den vergangenen vier Jahren einen bisher nicht verzeichneten Umfang. Der Aufbau war gekennzeichnet durch den Beginn, die Fertigstellung oder Planung einer Anzahl von Großbauten:

Gesundheitsamt Oberhausen-Sterkrade,
Stadthalle,
Hilfsschule Oberhausen-Osterfeld,
Realschule Oberhausen-Sterkrade,
Volksschule Freitagsfeld,
Jugendheim Graf-Haesseler-Platz (Jugendzentrum),
Altersheim Oberhausen-Osterfeld,
Handelslehranstalt,
Wiederaufbau Schloß Oberhausen,
Sportzentrum an der Lothringer Straße,
Heilpädagogische Sonderschule in Oberhausen-Osterfeld,
Turnhalle und Stadtbücherei in Oberhausen-Osterfeld.

1957 bis 1959 wurden rund 10 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Die vom Bund und Land bereitgestellten Förderungsmittel für den Wohnungsbau reichen nicht aus. Die Stadt hat daher in den vergangenen Jahren Millionenbeträge als zusätzliche Darlehen für den Wohnungsbau bereitgestellt. In besonderem Maße wurde der Wohnungsbau für junge Familien gefördert. Allein 1959 konnten 2 292 junge Familien mit Wohnungen versorgt werden. Auch in diesem Jahr werden dafür 250 000,-- DM bereitgestellt.

Das 1956 aufgestellte Schulbauprogramm ist in den letzten Jahren in einem gewaltigen Ausmaß realisiert worden. So stiegen die Gesamtausgaben für dieses Programm von 6,4 Millionen DM im Jahre 1956 auf über 11 Millionen DM im Jahre 1958, d.h., also eine Steigerung von fast 100 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Insgesamt wurden in den vergangenen drei Jahren 18 allgemeinbildende Schulen neu gebaut, wiederaufgebaut oder erweitert.

Im Bau befinden sich drei Volksschulen, zwei Sonderschulen, die Handelslehranstalt und der Erweiterungsbau des Naturwissenschaftlichen Gymnasiums. Bereits beschlossen ist der Neu- bzw. Erweiterungsbau von acht weiteren Volksschulen. Nach Durchführung der hier genannten Schulbaumaßnahmen wird das gesteckte Ziel, die Abschaffung des Schichtunterrichts in Oberhausen und die Erreichung einer normalen Klassenstärke, erreicht sein. In den Jahren 1958/1959 wurden allein fünf Schulturnhallen gebaut.

Im gesamten Stadtgebiet sind zur Zeit 68 Kinderspielflächen vorhanden. Rund 16 Spielflächen befinden sich noch in Bau. Geplant sind sechs weitere Plätze. Insgesamt wurden für die Jahre 1957 und 1958 über 200 000,-- DM für Kinderspielflächen zur Verfügung gestellt. Auch die Zahl der vorhandenen Spielstraßen konnte allein in den Jahren 1957 und 1958 auf 24 erhöht werden.

Großer Wert wurde auf die Pflege und den Aufbau der Grünflächen im Stadtgebiet gelegt, stellen sie doch den wichtigsten Schutz und zugleich einen Filter für Staub und Industriegas dar. Neben im Stadtgebiet wurden Grünflächen geschaffen, die der Bevölkerung Gelegenheit

zur Entspannung bieten. Außerdem erhielten in den Jahren 1957 und 1958 17 Schulen eigene Grünanlagen, für die rund 230 000,-- DM ausgeben wurden.

Um den Energiebedarf ausreichend zu sichern, ist ein städtisches Heizkraftwerk gebaut worden, das mit einer Kapazität von 12 500 kW gegenwärtig als das größte Fernheizwerk Deutschlands gilt. Die Fernheizung kommt nicht zuletzt den Bestrebungen entgegen, die Luftverunreinigung auf ein erhebliches Maß herabzusetzen.

Im noch nicht dagewesenem Umfang wurden in den letzten Jahren neue Sportplätze, Turnhallen, Gymnastikräume und Lehrschwimmbecken neu gebaut. Der Sportausschuß befaßte sich von 1957 bis 1958 mit insgesamt 138 Anträgen von Vereinen, die finanzielle Zuschüsse für ihre vielfältige Arbeit erbaten. Davon wurden 25 Anträge bewilligt. Jedes Jahr standen im Etat 80 000,-- DM für diese Zwecke zur Verfügung.

Die Zahl der Sportplätze in Oberhausen hat sich in den letzten drei Jahren um fünf erhöht, so daß augenblicklich insgesamt 71 Sportplätze einschließlich zehn Tennisplätzen vorhanden sind. Während in den Jahren 1955 und 1956 überhaupt keine neuen Turnhallen hergestellt worden sind, wurden von 1957 bis 1959 insgesamt neun städtische Turnhallen gebaut. Die Zahl der Gymnastikräume hat sich von fünf im Jahre 1956 auf 13 im Jahre 1958 erhöht.

Erstmalig im Haushalt 1957 wurde eine neue Haushaltsstelle "Vergünstigungen für kinderreiche Familien und alte Leute" eingerichtet, die für zusätzliche soziale Maßnahmen einen Betrag von 50 000,-- DM bereitstellt. Die Hälfte dieses Betrages ist vom Sozialausschuß als Hilfe für alte Leute bestimmt worden. Diese Haushaltsstelle ist von Jahr zu Jahr erhöht worden: 1958 auf 100 000,-- DM, 1959 auf 150 000,-- DM, 1960 auf 175 000,-- DM.

Die freien Wohlfahrtsverbände, die sich unter anderem der Betreuung alter Menschen annehmen, erhielten zur Durchführung ihrer Aufgaben größere Beiträge.

Im August 1959 wurde mit dem Neubau eines Städtischen Altersheimes in Oberhausen-Osterfeld begonnen, dessen Gesamtkosten über zwei Millionen DM betragen. Das Heim, das nach modernsten Gesichtspunkten gebaut ist, verfügt über 196 Räume und kann 142 alte Leute aufnehmen.

Da die Krankenhäuser in größerem Umfang öffentliche Aufgaben erfüllen, erhielten sie im 1957 Jahr für Jahr Beihilfen in Höhe von 500 000,-- DM. Zusätzlich sind seit 1958 Darlehen für bauliche Maßnahmen zur Verfügung gestellt worden. Die Krankenhäuser haben von 1957 bis 1960 Beihilfen in Höhe von 2 Millionen DM erhalten.

Neben den Mitteln, die der allgemeinen Förderung der Wissenschaften dienen, stellte die Stadt erhebliche Beträge als Studienbeihilfen zur Förderung Studierender bereit. 40000,-- DM wurden 1957/1958 als Beihilfen verteilt. Außerdem sind in diesen beiden Jahren über 13 000,-- DM Förderungsbeihilfen für einheimische Künstler und kulturelle Vereine zur Verfügung gestellt worden.

Anfang dieses Jahres konnte das neu aufgebaute Herrenhaus von Schloß Oberhausen der Öffentlichkeit übergeben werden. Damit hat auch die Städtische Galerie eine würdige Heimatstätte erhalten.

- + +